

## MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 02.10.2023

### Regierungsratsentscheid ZH zu 1.6% Teuerungsausgleich für 2024

## Das Leben ist teurer als der Teuerungsausgleich

**Für die Gewerkschaft VPOD Zürich ist der volle Teuerungsausgleich ein Muss. Er genügt aber nicht, um den Kaufkraftverlust der Angestellten zu kompensieren. Der Verband für das Personal im öffentlichen Dienst verlangt dringend Realloohnerhöhungen.**

Der VPOD Zürich anerkennt den Regierungsratsentscheid, seinen Angestellten den Teuerungsausgleich zu gewähren. Für den VPOD ist der Teuerungsausgleich unverzichtbar und sollte längst eine Selbstverständlichkeit sein. Doch das Leben ist weit teurer als es der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) errechnet. Auf diesem aber basiert der Teuerungsausgleich der Regierung. Der Landesindex ignoriert die happigen Mehrkosten etwa für Krankenkassenprämien, Mietzinsen und Energiekosten. «Der Lohn der Arbeitnehmer:innen verliert trotz Teuerungsausgleich laufend an Wert. Es braucht nun definitiv Realloohnerhöhungen», fordert die Co-Präsidentin VPOD Region Zürich und Präsidentin der Sektion Kanton.

### Realloohnerhöhungen

Konkret will der VPOD neben den 1.6% Teuerungsausgleich für alle gemäss Stichtag Ende August eine Realloohnerhöhung von mindestens 2% für ein Vollzeit-Einkommen bis CHF 100 000. Für Vollzeit-Einkommen darüber und bis CHF 200 000 verlangt er 1.5%. Das Gleiche soll für das Gemeindepersonal gelten sowie das Personal von Betrieben mit kantonalem Leistungsauftrag, wie z.B. die Spitäler. Wer den Teuerungsausgleich im laufenden Jahr nicht oder unvollständig erhielt, soll das im Jahr 2024 zusätzlich kompensiert erhalten.

### Budget 2024 hat Spielraum

Im Budget-Entwurf des Regierungsrats von Ende August sind vorsorglich 2% Teuerungsausgleich eingestellt. Die 0.4% Differenz zur effektiven Teuerung gemäss LIK soll der Kantonsrat in der Budgetdebatte für die Realloohnerhöhungen reservieren. Ausserdem braucht es keine Steuersenkung, von welcher vor allem die Reichen profitieren. Der Verzicht darauf hilft mit, den Angestellten im Service Public die Kaufkraft zu sichern. Und dem Kanton die Fachkräfte im Service Public, die tagtäglich unsere Züge und Busse bewegen, Gebäude und Infrastruktur Instand halten, Menschen bilden, betreuen, pflegen und schützen.

### Geld oder Zeit

Alternativ lässt sich die Realloohnerhöhung auch via Arbeitszeitreduktion erreichen. Die 36h-Woche und die 4-Tage-Woche sind europaweit längst im Gespräch, sie werden auch vor der Schweiz nicht haltmachen. Das zeigt Affoltern am Albis, wo die Bevölkerung im nächsten Frühling über die 38h-Woche abstimmt. Bei Annahme wird die Stadt eine der attraktivsten Arbeitgeber:innen sein.

### Weitere Informationen

Michèle Dünki-Bättig, Co-Präsidentin VPOD Region Zürich und Präsidentin Sektion Kanton,  
+41 79 831 60 67, [michele.duenki@vpod-zh.ch](mailto:michele.duenki@vpod-zh.ch)